

Zeitschrift: Schweizerische Bauzeitung
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 89 (1971)
Heft: 31

Artikel: Hochschule und Öffentlichkeit: der Kontakt über die Massenmedien
Autor: Schiesser, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-84951>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1. Stock werden von Betonstützen getragen. Die Schmalseiten sind mit Betonscheiben und die Längsseiten mit vorfabrizierten Fenster-Brüstungselementen aus Holz/Aluminium und Eternit abgeschlossen.

Der einstöckige Zwischenbau ist über dem Keller in Ortsbeton ausgeführt, mit Abschluss der Aussenfronten zwischen den Stützen mit Fenster-Brüstungselementen, Toren oder wegnehmbaren Wänden. Die einstöckigen Shedhallen mit einer freien Raumhöhe unter den Rinnenträgern von 6,45 m in der Fabrikationshalle und 4,45 m in der Bearbeitungshalle sind in Stahl gebaut. Der Stützenraster des Kellers von 7,5 m x 6 m wird im Erdgeschoss auf einen solchen von 7,5 m x 12 m vergrössert. Die Aussenstützen tragen eine Hülle aus Durisolplatten, die Shedträger ein Dach aus Well eternit und weissgespritzten Schichtexpanten und eine Shedverglasung mit 8° Neigung. Diese schwache Neigung bietet dem Staub weniger Ablagerungsfläche und hält den Glasbruch in kleinerem Rahmen.

Folgende Hebezeuge stehen im Neubau zur Verfügung: Eine Hebebühne von 5,50 m x 3,50 m, Tragkraft 6 Mp, bei der Anlieferung. Ein Warenaufzug mit einer Tragkraft von 6 Mp verbindet den Keller mit dem Erdgeschoss. Ein Elektrozug von 10 t Tragkraft wird für den Ablad von Maschinen gebraucht. Drei Laufkrane mit einer Tragkraft von je 5000 kp und einer von 500 kp dienen den Transporten in den Fabrikationshallen.

Das Bürogebäude und der Zwischenbau werden mit Radiatoren und Konvektoren beheizt, die Fabrikhallen mit an den Shedschrägen montierten Bandstrahlern. Die grosse Halle besitzt zudem eine Lüftung und die Bearbeitungshalle Radiatoren unter den Fenstern, da hier die Arbeit z.T.

sitzend ausgeführt wird. Die Heizzentrale befindet sich im Keller an dem Punkt, der möglichst zentral liegt, der aber von keiner Fabrikerweiterung betroffen werden kann. Die Anlage wird mit einem Ygnis-Kessel Typ NA-1250, Leistung 1,25 Mio kcal/h betrieben. Ein zweiter Kamin und Platz für einen zweiten Kessel sind vorhanden.

Der elektrische Anschluss beträgt 1260 kVA. Die Transformatorstation ist mit zwei Transformatoren von je 630 kVA ausgerüstet. Auch hier ist an eine Erweiterung gedacht worden; es ist Platz für zwei weitere Transformatoren vorhanden.

Dank einer ausgezeichneten Zusammenarbeit von Bauherrschaft, Behörden, Generalunternehmer, Architekt und Ingenieur ist es gelungen, in der kurzen Zeit von 20 Monaten, die Planung inbegriffen, dieses Werk zu errichten.

*

Das seit der Gründung der Injecta AG verstrichene halbe Jahrhundert war Zeuge der Entwicklung eines bescheidenen Kleinunternehmens zum heute weltbekannten Hersteller von Druckgussteilen, Giessmaschinen, Giessformen höchster Präzision und seit kurzem auch von Kunststoff-Halbfabrikaten. In der wechselhaften Geschichte Europas – und wohl der Welt – mit ihrer raschen Folge von Krisen- und Konjunkturzeiten braucht es zu einer solchen Entwicklung viel Optimismus und Beharrlichkeit, aber auch ein Ziel, dem man sich mit aller Zähigkeit zu nähern versucht. Erfolge sind dem Mutigen vorbehalten. Mögen diese Eigenschaften die Injecta AG auch auf dem zukünftigen Wege begleiten!

M. Künzler

Hochschule und Öffentlichkeit: der Kontakt über die Massenmedien

Von **Walter Schiesser**, Redaktor der Neuen Zürcher Zeitung, Zürich

DK 378.962:32.019.5

Anlässlich ihrer Ausschuss-Sitzung vom 8. Juni 1970 hatte die Gesellschaft Ehemaliger Studierender an der Eidg. Technischen Hochschule (GEP) das Thema «Reform der ETH» behandelt. Das nachfolgende Referat — vor rund einem Jahr an dieser Ausschuss-Sitzung gehalten — hat in Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen an unseren Hochschulen an Aktualität eher gewonnen als verloren.

*

Wenn die Organisatoren dieser Tagung ein wissenschaftliches Referat zum Thema «Hochschule und Öffentlichkeit» erwartet hätten, so wären sie wahrscheinlich an einen Soziologen gelangt. Nachdem sie sich nun aber für einen *Journalisten* entschieden haben, darf ich annehmen, dass sie eher die *praktischen Aspekte* des Problems im Auge hatten. Aus diesem Grunde, aber auch, weil das Thema sehr viel umfasst, will ich mich auf die Beziehungen zwischen Hochschule und Öffentlichkeit beschränken, wie sie in den Massenmedien und insbesondere in der Presse sichtbar werden. Ich nehme ferner an, dass die Frage interessiert, was aus der Sicht eines Pressevertreters die Hochschule selber oder eine ihr nahestehende Vereinigung wie die ihre unternehmen *kann*, was sie unternehmen *soll*, um sich in der heutigen Lage öffentlich Gehör zu verschaffen.

Lange – wahrscheinlich zu lange – haben unsere Hochschulen im *Windschatten der öffentlichen Kritik* gestanden. Sofern Probleme bestanden, drangen sie kaum an die Öffentlichkeit. Was die ETH im besonderen betrifft, so konnte sie sich im Ruhme sonnen, unangefochten als ausgezeichnete Hochschule anerkannt zu werden.

Erst zu Beginn der sechziger Jahre kam die hochschulpolitische Diskussion in Gang, wurde allmählich intensiver, vor allem nach der Publikation des *Labhardt-Berichtes*, als

neben dem Problem der finanziellen Beteiligung des Bundes auch Strukturfragen aktuell wurden. Dieses Gespräch erfasste indessen nur eine *Teilöffentlichkeit*, einen kleinen Kreis von Interessierten. Es mangelte der Zündstoff, der die Aufmerksamkeit einer weiteren Öffentlichkeit hätte wecken können.

Eine Intensivierung und gleichzeitig eine teilweise Verlagerung erfuhr die öffentliche Hochschuldiskussion mit der aktiven *Teilnahme studentischer Gruppen*, die eine grundsätzliche, über die Hochschule hinauszielende Kritik an Staat und Gesellschaft in ihrer heutigen Form anmeldeten. Zunächst handelte es sich um Zirkel von Aussenseitern, doch bald erfasste die Welle der Opposition auch die offiziellen studentischen Gremien an den einzelnen Hochschulen und den Verband der Schweizerischen Studentenschaften.

Diese studentischen Organisationen haben sich von Anfang an ausgesprochen *publizitätsfreudig* gezeigt. Sie verschickten Communiqués und Dokumentationen an die Zeitungen und hielten Pressekonferenzen ab. Sie wenden sich an die Öffentlichkeit, weil sie dort Sukkurs für ihre hochschulinternen Postulate suchen und weil nicht alle, aber viele von den Aktiven unter ihnen in der Hochschulpolitik einen Modellfall für gesamtgesellschaftliche Reformen sehen. Durch diese studentische Aktivität haben manche Aspekte der Hochschulreform eine *überdimensionierte Publicity* erhalten – überdimensioniert im Verhältnis zu anderen dringlichen Problemen unserer Gesellschaft wie beispielsweise zum Altersproblem.

Diese Entwicklung kann nur verstanden werden vor dem Hintergrund, den die *Rebellion an den ausländischen Universitäten* bildet. Die weltweite Unrast, welche vor allem die studentische Jugend erfasst hat, und die extremen Formen, welche dieser Protest in unseren Nachbarländern angenom-

men hat, haben eine weitere Öffentlichkeit sensibilisiert. Die verbreitete Befürchtung, dass es auch in der Schweiz zu einer Eskalation des Konfliktes nach ausländischem Muster kommen könnte, hat zwar die Position der studentischen Gruppen in der öffentlichen Auseinandersetzung gestärkt, aber gleichzeitig erschwert sie das sachbezogene Gespräch über die Hochschulreform und nährt die unterschwellige Skepsis gegenüber der Hochschule. In diesem veränderten Klima stossen auch studentische Reformvorschläge und Wünsche, denen die Berechtigung nicht abgesprochen werden kann, auf Misstrauen und Ablehnung. Die publizistische Aktivität seitens der Studenten hat die *Rektorate* veranlasst, ihrerseits einen Publizitätsdienst auf die Beine zu stellen oder, falls bereits eine Organisation vorhanden war, sie auszubauen. Diese Massnahme ergab sich zwangsläufig aus der Notwendigkeit, auch den Standpunkt der anderen Seite vor der Öffentlichkeit zu vertreten.

So hat die bisherige Entwicklung im Laufe von zwei, drei Jahren rund um die Hochschule *publizistische Fronten* entstehen lassen. Was dort geschieht, bleibt nicht ohne Rückwirkung auf die Beteiligten. Das trifft nicht nur auf das Referendum gegen das ETH-Gesetz zu, mit welchem der fünf Minuten vor zwölf erwachte *VSETH* eine vom schweizerischen Schulrat, vom Bundesrat und vom Parlament gutgeheissene Vorlage zu Fall brachte, sondern zeigt sich auch an weniger aufsehenerregenden Beispielen. So ist etwa anzunehmen, dass die Empfehlung der Schweizerischen Hochschulkonferenz auf Durchführung einer *Experimentierphase* weniger Gewicht hätte, wenn die Befürworter nicht mit einem gewissen Sukkurs in der Öffentlichkeit rechnen könnten.

Was nun die besondere Lage an der ETH betrifft, so wird man nicht übersehen, dass die studentische Opposition zunächst über das Referendum, das heisst über einen in der Verfassung institutionalisierten Weg, zum Erfolg gelangt ist. Ohne Zweifel haben sich die Polystudenten zusätzlichen Goodwill erworben, einmal weil sie diesen Weg gewählt haben, aber auch wegen des Elans, mit dem sie innert kürzester Frist die Unterschriften gesammelt hatten. Dieser Goodwill hat unter Umständen das Abstimmungsergebnis nicht unwesentlich im Sinne der Studenten beeinflusst. Vom *VSETH* ist, wie sich seither gezeigt hat, der Urnengang teilweise missinterpretiert worden, nämlich im Sinne einer weitgehenden Identifikation der Parteien und Politiker, die seinerzeit das Referendum unterstützt haben, mit ihren materiellen Zielen. Als das Postulat der Mitbestimmung bei der Wahl der Dozenten in der Übergangsordnung nicht berücksichtigt wurde, traten die Meinungsunterschiede offen zutage. Der Entscheid des Parlamentes hat zu einer Kurzschluss-handlung geführt: Der *VSETH* sistierte die Mitarbeit in der Kommission für das neue ETH-Gesetz. Es ist zu hoffen, dass er auf diesen Entschluss zurückkommt oder dass das hochschulinterne Referendum eine Kurskorrektur erzwingt. Vom Establishment — um dieses Modewort zu gebrauchen — ist zu erwarten, dass es sich mit den Anliegen der jungen Generation ernsthaft befasst. Das setzt unter anderem voraus, dass man die eigene Position reflektiert und mit Argumenten vertritt.

Den Massenmedien wirft man im Zusammenhang mit den aktuellen Hochschulproblemen gelegentlich vor, sie hätten durch aufgebauschte Berichterstattung wesentlich zur Entstehung der Konflikte beigetragen. Die Frage nach Ursache und Wirkung, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist wohl zu komplex, als dass sie in diesem Rahmen näher erörtert werden könnte. Immerhin lässt sich folgendes sagen: Es liegt im Wesen von Presse, Radio und Fernsehen, dass sie über *Konflikte* intensiver berichten als über den problemlosen Gang der Dinge. Dieser Tendenz entspricht übrigens ein analoges Verhalten der Leser, Hörer und Zuschauer, nämlich

ihre Neigung, einseitig gewisse Teile der angebotenen Information zur Kenntnis zu nehmen. Diese *selektive Perzeption* ist übrigens keineswegs nur bei einem anspruchslosen Publikum zu beobachten. Spekulationen darüber anzustellen, ob es ohne Massenmedien nicht zu den krisenhaften Erscheinungen an den Hochschulen gekommen wäre, ist völlig müssig, denn ohne das Wirken von Presse, Radio und Fernsehen wäre heute noch vieles nicht möglich, unter anderem auch das Funktionieren unserer Demokratie.

Das will nicht heissen, dass die Redaktionen nicht ihren Teil an *Verantwortung* für die weitere Entwicklung an den Hochschulen tragen. Wenn sie die angestammte kritische Funktion der Presse gewissenhaft erfüllen wollen, so ist ihre Aufgabe gar nicht so leicht. Da ist zunächst der quantitative Arbeitsaufwand: Die Flut der Communiqués, Dokumentationen, Artikel und Leserzuschriften, die täglich eintrifft, hat einen *erstaunlichen Umfang* angenommen. Allein die Lektüre dieses Materials würde einem Full-time-job entsprechen. Deshalb wandert in dieser Vorselektion manches ungelesen in den Papierkorb, anderes wird zur allfälligen späteren Verwendung archiviert, und von dem, was man effektiv liest, wird nur ein Bruchteil veröffentlicht. Woher nimmt der Redaktor die Kriterien für die vielen Entscheide, die er zu treffen hat? Soll er einfach beide Seiten zu Worte kommen lassen, auf die Gefahr hin, dass die eine zu einer völlig überdimensionierten Publizität kommt? Oder soll er aus irgend einem Grund die eine Seite bevorzugt behandeln? Selbstverständlich hat er objektiv zu sein, doch wo sind, wenn man nicht aus einem naiven Selbstverständnis heraus die eigene Meinung für objektiv hält, die Massstäbe?

Was man allerdings voraussetzen muss, das ist eine gewisse *Vertrautheit mit der Materie*, im vorliegenden Fall also mit den Hochschulproblemen. Diese haben heute eine Komplexität erreicht, die verlangt, dass man sich eingehend mit dem ganzen Fragenkreis befasst, um nachher mit einiger Kompetenz darüber urteilen zu können. Kleine und mittlere Redaktionen, wie sie in der Schweiz den Normalfall darstellen, sind hier wie in so manchen anderen Fragen im Grunde genommen überfordert — was übrigens auch auf einen grossen Teil der *Politiker* zutreffen dürfte.

Die viel zitierte *Manipulation* der öffentlichen Meinung ist weniger eine Folge bewusster Meinungssteuerung durch die Redaktionen als eines *krassen Missverhältnisses* zwischen dem, was von interessierter Seite produziert wird, und dem, was die Redaktionen aus eigener Kraft und mit einiger Sachkompetenz hervorbringen.

Die kritische Funktion der Presse wird relativiert durch den wachsenden Einfluss *gezielter Publicity*. Habermas unterscheidet zwischen einer kritischen und einer manipulativen Form der Publizität. Diese zweite Form ist wohl dadurch gekennzeichnet, dass sie organisiert ist und auf einem bestimmten strategischen oder zumindest taktischen Konzept einer direkt interessierten Gruppe beruht. So betrachtet, fallen die Informationsbemühungen der studentischen Gruppen und der Hochschulbehörden gleichermassen unter den Begriff der *manipulativen Publizität* wie die Public Relations des Gewerbeverbandes, der Arbeitgeber, der Gewerkschaften usw. Diese Feststellung enthält keine Kritik, denn es ist unter den heutigen Voraussetzungen nicht einzusehen, wie etwa ein Rektorat darauf verzichten könnte, seinen Standpunkt ebenfalls zur Geltung zu bringen.

Was hier zum Thema Publizität und Hochschule ausgeführt worden ist, findet seine Parallele auf ungezählten anderen Gebieten. Die Informationsflut steigt allgemein, begünstigt durch den stark gewachsenen Inseratenanfall bei der Presse, durch das Dazukommen eines neuen Mediums, des Fernsehens, und den starken Ausbau der Radioprogramme. Ob der *Informationsbedarf* entsprechend dem Angebot zuge-

nommen hat, ist zu bezweifeln. Vielmehr muss man annehmen, dass die Informiertheit des Publikums in den letzten 25 Jahren nicht besser, sondern eher schlechter geworden ist. Der Geräuschpegel ist derart gestiegen, dass die einzelne Stimme darin untergeht. Sie ist noch für den hörbar, der hinhorcht, nicht aber für die grosse Zahl jener, die sich mit ihren *vorgefassten Meinungen* zufrieden geben, falls sie überhaupt welche haben. Man darf sich keinen Illusionen hingeben, was die Informiertheit des breiten Publikums betrifft. Eine gewisse Verbesserung wäre allenfalls von einer systematischen *Erziehung zum Sich-Informieren* zu erwarten, die dazu führen müsste, dass die entlastete Gesellschaft einen grösseren Teil ihrer zunehmenden Freizeit für die Information verwenden würde.

Vorläufig ist davon auszugehen, dass die breite Öffentlichkeit nur von dem erreicht wird, was *Schlagzeilen* produziert. In einer Wohlstandsgesellschaft, die sich nicht gerne stören lässt, bedeutet das für alle Weltverbesserer die Versuchung, es einmal mit dem Werfen von Steinen zu versuchen. Wer das Odium der Ungezogenheit auf sich nimmt, gerät ins Rampenlicht. Es kommt zu einer Amplifizierung der Publizität: Ein Ereignis wird plötzlich zur Sensation, weil es beispielsweise zum Gegenstand einer attraktiven Fernsehsendung geworden ist; damit erhält es unter Umständen eine *Sekundärbedeutung*, die es dem Radio und den Zeitungen nicht mehr erlaubt, abseits zu stehen. Nun ist der Ecclat wirksam genug, um die Mauern der Gleichgültigkeit bei einem breiteren Publikum zu durchbrechen.

Kehren wir zurück zur *Hochschulfrage*: Die Auseinandersetzung um die Hochschulreform wird auch heute nicht in der Öffentlichkeit, sondern in einer *Teilöffentlichkeit* geführt. Diese umfasst vermutlich die direkt Betroffenen, und davon wahrscheinlich nicht einmal alle, denn ein grosser Teil der Studenten steht mehr oder weniger desinteressiert abseits, ferner einen Teil der *Politiker* und die kleine Gruppe der allgemein gut Informierten. Nur diese Teilöffentlichkeit dürfte das Hin und Her an den publizitären Fronten rund um die Hochschule mit einigem Interesse verfolgen, es sei denn, es gebe eine grosse «Schlacht», die Schlagzeilen produziert. Ob die Strategen der Provokation damit mehr erreichen als einen Augenblickserfolg, ist schwer zu sagen.

Falls diese Beurteilung stimmt: Welche Bedeutung haben dann die Publizitätsbemühungen in der Hochschuldiskussion? Mit allen den Erklärungen, Communiqués und Stellungnahmen, die auf den Redaktionen in so grosser Zahl eintreffen, erreicht man in der Regel nur die erwähnte Teilöffentlichkeit. Das ist zwar in der heutigen Lage kein Grund, auf diese Beeinflussungsversuche zu verzichten, aber es ist wohl immer gut, wenn man sich einigermaßen realistische Vorstellungen über die Wirkungen macht. Jene *Studen-*

ten allerdings, die auf einen gewaltigen Aufbruch von der Basis her hoffen, das heisst von der grossen Zahl ihrer Kommilitonen her, und die darüber hinaus von der Solidarität mit der grossen Masse der «Werk tätigen» träumen, müssen mit einer grossen Enttäuschung rechnen. Sind die Illusionen verblasst, so bieten sich – etwas überspitzt formuliert – zwei Auswege an: die (heilsame) Resignation oder die Flucht in die Radikalisierung.

Wichtiger als das Eingreifen in die Auseinandersetzung um Drittelsparität und ähnliche zurzeit aktuelle Hochschulfragen ist auf lange Sicht eine andere Aufgabe: Sie besteht darin, in der Öffentlichkeit das *Verständnis für die dynamische Entfaltung der Wissenschaften und der Technik* zu fördern im Hinblick auf deren kritische Bewältigung im demokratischen Staat. Die Zügelung des Fortschrittes, dessen Unterordnung unter das Wohl des Menschen, zeichnet sich immer deutlicher als Schicksalsfrage ab. Dabei ist nicht zu übersehen, dass das allgemeine Wohl, um hier diesen altmodischen Ausdruck zu gebrauchen, neu formuliert werden muss. Die tiefere Wurzel des heutigen Unbehagens liegt in der *Desorientiertheit*, in der Diskrepanz zwischen der teilweisen Vorausschbarkeit in der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung und der Unsicherheit über die gesellschaftliche Zielsetzung. Neue weltanschauliche und politische Bezugssysteme lassen sich nicht in Laboratorien herstellen. Doch wie sie auch immer aussehen werden, sie setzen voraus, dass in der Öffentlichkeit ein vertieftes Verständnis für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik geweckt wird. Selbstverständlich darf man auch die Möglichkeiten, wissenschaftliche Erkenntnisse zu popularisieren, nicht überschätzen. Aber es ist anzunehmen, dass Fragen wie die Umweltzerstörung, die Veränderung von Genen, die Bevölkerungsexplosion oder die Lebensverlängerung, um nur einige wenige herauszugreifen, in der breiten Öffentlichkeit auf ein viel vitaleres Interesse stossen als die Probleme der Drittelsparität oder der Mitbestimmung bei der Professorenwahl – so wichtig diese für die weitere Entwicklung der Hochschule auch sein mögen.

Die Popularisierung wissenschaftlicher Erkenntnisse ist eine Aufgabe, welche die Hochschule und die Massenmedien gemeinsam anpacken müssen. Sie lässt sich nicht durch den vermehrten Versand von Vervielfältigtem und Gedrucktem durch eine personell und finanziell unterdotierte Informationsstelle lösen. Nötig ist auf beiden Seiten eine *vertiefte Einsicht* in die Dringlichkeit des Problems und vor allem die Bereitschaft, einen wachsenden Teil der überall knappen Arbeitszeit für diese permanente Informationsaufgabe aufzuwenden.

Adresse des Verfassers: *Walter Schiesser*, Redaktor, 8127 Forch, Eggenberg.

Ein kurzschlüssiger Wettbewerbsverzicht in Herisau

DK 725.1.009 02

Die Frage, ob auf einen architektonischen Wettbewerb verzichtet werden soll, beschränkt sich offenbar nicht auf den Einzelfall einer Schulgemeinde.

Sie hat sich, wenn auch – im Unterschied zu Waltingen – leider nur nebenbei, auch im Kantonsrat von Appenzell AR gestellt, wo am 14. Juni zäh über das Haupttraktandum eines neuen Regierungsgebäudes in Herisau debattiert worden ist. Auszugehen war davon, dass im Kantonalbankgebäude am Obstmarkt in Herisau auch die kantonale Verwaltung untergebracht ist, nun aber infolge Platzmangels sowie heutiger betrieblicher Anforderungen der

Repräsentationsbau von 1912/13 beiden Insassen nicht mehr genügt. Daraufhin trachtet die Kantonalbank, ihre Bedürfnisse in einem Neubau zu erfüllen. Eine solche Lösung strebt aber auch die Regierung für den künftigen Sitz der kantonalen Verwaltung an. Eine günstige Möglichkeit für ein neues Gebäude wäre an der «Rosenau» auch schon gefunden. Die Baukosten werden auf 5 Mio Fr. geschätzt. Diese Absicht stiess im Rat in mehrfacher Hinsicht auf Opposition, wobei unter einigen Alternativen auch die Übernahme des alten Obstmarktgebäudes erwogen wurde, nicht zuletzt um der Frage willen, wie das Leerstehen eben dieses Hauses vor der Landsgemeinde zu verantworten sei.